



Bezugspreis in Breslau und in der Provinz bei unseren Agenturen durch eigene Boten frei ins Haus monatlich 100 M., vierteljährlich 24 M.; bei Abholung von den Vertriebsstellen in Breslau monatlich 97 M., vierteljährlich 23 M.; bei Abholung von den Geschäftsstellen in Breslau monatlich 95 M., vierteljährlich 22 M. Bei der Post monatlich 100 M.

Breslau, Freitag, 18. August 1922

Einschlagsgebühr für den 1500-1600 Raum in Millimeterhöhe (1 Seite ist 2 1/2 mm hoch), 750 M. (Wochenblatt 800 M.), bei Anzeigen aus Schienen und Böden 500 und 700 M. In der Morgenausgabe Stellungsgebühr 2,75 M. Familienanzeigen (nur zwei- und mehrmalig), die zweiwöchentliche Mittelzeile 3,50 M. Nachrufe 5,50 M. Anzeigen an bevorzugter Stelle (Spalten) 80,00 M., Schließen und Böden 90,00 M.

Geschäftsleiter: Dr. Richard Schmitt, Bernsprecher der Redaktion Ring Nr. 2821, 722 und 540 (Telefon nur für den Stadtverkehr), der Handelskammer Ring Nr. 4414. Sprechstunden der Redaktion 10 bis 12 Uhr. Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn Rückporto beiliegt. Zeitungsbezüge und Anzeigenannahme (Schluß 5 Uhr, ohne Gewähr für eine bestimmte Nummer) in der Geschäftsstelle Schlesische Zeitung, Schlesische Zeitung, Schlesische Zeitung. Geschäftsstelle für Ober-Schlesien: Breslau 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100. Bei Eilungen durch höhere Gewalt, Streik, Ausperrung u. dgl. können Ersparnisse nicht berücksichtigt werden.

Reparationschwandel.

Nach dem „Siege“ kamen in Frankreich die Wahlen. Und bei französischen Kammerwahlen geht es immer sehr hoch her. Jeder der Kammerherren in spe teilt in großen Plakaten der Wählerchaft mit, was er für ein potenter Herr sei, daß seine Wahl das persönliche Glück jedes Franzosen wie das Wohlergehen des ganzen Landes bedeuten werde. Nach dem „Siege“ verkündeten die Herren Kandidaten, jeder einzeln, er werde Deutschland zum Zuhlen zwingen, man möge sich an ihn halten und das leere Portemonnaie am Tage nach der Wahl vorweisen. Die Herren Clemenceau, Poincaré, Klotz und Loucheur gaben den Ton an, und jeder Franzose, der etwas auf sich hielt, schrieb in sein Haushaltsbuch ein: „Guthaben an Deutschland per Kopf der Familie 20000 Franken...“

Im Kriegsgebiet ging es in noch höheren Tönen. Man hat sich bemüht, einzelne Gebiete wieder in Ordnung zu bringen; andere werden zu Propagandastätten im Zustande wider Herrschaft gehalten. Bei Besuch Neutralen, amerikanischer Frauenvereine und umfallender Bundesbrüder werden zur Dekoration besondere Verwundungsrequisiten, auch Leichenteile, blutgetränkte Uniformstücke usw. geliefert. Als Wilson in Paris noch an seinen 14 Punkten laborierte und noch in Gewissensbissen machte, führte die französische Propaganda die Mitterre Wilson im Flugzeug an besonders präparierte Plätze des französischen Bodens, die aus frischen Kriegswunden bluteten. Die Dame brachte es dann vermittelst Lenkperament und Autorität fertig, ihren Herrn Genob, der bereits an seiner geistlichen und körperlichen Kräfteverfallung litt, von seinen Bedenken abzuwenden und seine Punkte in Nichts zerfließen zu lassen. Dafür wurde Frau Wilson von Besse und Gesellschaft Frankreichs geehrt, erhielt Orden und Geschenke, wurde Ehrenpräsidentin von ein paar Dutzend französischen Damenblinden und wurde von Madame Poincaré mit dem Schmuck besetzt.

Das Beispiel wirkte. Der Verfasser dieser Zeilen, ein Angehöriger eines neutralen Staates, hat es aus dem Munde von Franzosen selbst vernommen, wie man fernerzeit die Entschädigungsforderungen aufbaute: Eine Herde von Rommischen Überläuferinnen aus dem Wiederaufbau. Wenn an einer Scheuer ein Dachstuhl fehlte, ergab das 20 000 Francs Anspruch. Eine alte Parade, in der kein Riese mehr lebte, war zusammengekauft. Die „Villa“ wurde dem glücklichen Besitzer, wenn er es verlangte, sich mit dem Herrn Delegierten der Regierung etwas gut zu stellen — der ja übrigens hochobrigkeitlichen Auftrag zu seiner — Überlebensarbeit hatte — mit einer halben Million ausgestattet. Die französische Regierung ließ im Reichen der Siegesbegeisterung und der Wahlen auch gleich das Geld in Strömen fließen. Der Deutsche würde die Rechnung bezahlen müssen 90 Milliarden waren auf diese Weise bald verkon.

Inzwischen aber haben Reid und Eifersucht den Dattel vom Wiederaufbau etwas gehoben, und was man da gewahrt wird, ist widerlich genug, daß sich der famose Wollerbund mit der Sache beschäftigen sollte. Denn an den unruhigen, ungebildeten Franzosenbegehren scheitert die Verständigung, trotz der Erlösung Europas. Und seine, des Wollerbunds Aufgabe wäre es, die französische Rechnung mit tapferen Notstiftungen in Ordnung zu bringen. Wenn man die Rindchen sieht, die jetzt aus diesem Wiederaufbau aufsteigen, so kommt man, daß die deutsche Regierung diese Überprüfung einer wissenschaftlich gefälligen französischen Milliardenrechnung nicht erfordert hat.

Nachstehend einige Beispiele, wie es ging: Der Fabrikant Armand hatte 1914 zwei Fabriken für zusammen 250 000 Francs gekauft, die dem Kriege zum Opfer fielen. Herr Armand forderte als Entschädigung 16 Millionen Francs. Davon strich der Staat mit einer Geberde der Ernsthaftigkeit — 10 Prozent! Den bescheidenen Rest erhielt Armand zum Teil sofort ausgezahlt, um seine Fabriken wieder aufzubauen. Nun hat eine Demagnation ergeben, daß Armand keinen Centime seinem wirklichen Bestimmungsziele zugeführt hat. So ging es in zahlreichen anderen Fällen auch. Sogar aus Loko lang ein Ständchen bis herüber. Dort hat der Kommissar der französischen Republik, Wölffel, zwei große sequestrierte Güter der deutschen Loko-gesellschaft einer französischen Gesellschaft fast als Geschenk in die Hände gespielt, dazu noch auf fast unbegrenzte Zeit, während doch die Kolonie ein Wollerbundsmandat an Frankreich ist. Mehrere Beamte sind in der Hand verwickelt, der in Frankreich, wo doch solche Dinge an der Tagesordnung sind, seiner Kräfte halber aufstehen erregt.

Da Deutschland die französischen Wiederaufbauwechsel in ihrer phantastischen Größe nicht einfach abtut, kommt nun die französische Staatskasse in Verlegenheit. Es dümmert den Herrschaften die Erkenntnis auf, daß Deutschland vielleicht diese unterschätzten Forderungen überhaupt nicht bezahlen könne, und nun wird man barsamer, prüft Angaben und Bezüge nach, sieht distret da und dort nach der Wirklichkeit der Schäden und merkt allgemach, was für Unheil man in jenen Ketten der Siegesstolze anrichtet hat, als man den Appetit reizte, den man nun nicht mehr stillen kann.

Zur Nachprüfung der französischen Rechnung im ganzen dürfte es wohl zu spät sein. Stichproben aber erteilen, was für ein ungeheurer Mißbrauch getrieben worden ist und wie man es fertig brachte, mit einer Milliardenblase den Frieden Europas auszubringen. Der Fall in Loko wird vielleicht dem Wollerbund Anlaß geben, in Paris ein paar Vorstellungen zu machen — freilich dürfen es keine Vorlesungen sein, wie man es bis zur Stunde gewohnt ist.

Die bayerischen Parteien zum Berliner Kompromiß.

* Der in der „Bayerischen Staatszeitung“ zum Ausdruck gekommene Optimismus der bayerischen Regierung über eine baldige Genehmigung des Berlin-Münchener Protokolls durch die bayerischen Koalitionsparteien scheint sich nicht erfüllen zu wollen. Die Koalitionsparteien haben zunächst in Sonderbesprechungen zu den in Berlin geschlossenen Verhandlungen Stellung genommen und sich mit mehr oder weniger starken Worten gegen die im Protokoll wiedergegebenen Ergebnisse ausgesprochen.

In der Entschließung der Bayerischen Volkspartei heißt es, man müsse sein Bedauern ausdrücken, daß durch das geringe Entgegenkommen der Reichsregierung die Vereinbarungen vom 11. August 1922 nicht alles enthalten, was zur Sicherung und Wahrung der staatlichen Selbstständigkeit und der Hoheitsrechte Bayerns verlangt werden müsse. In einem Beschlusse der Bayerischen Mittelpartei heißt es: Der Landesauschluß der Bayerischen Mittelpartei erachtet die Berliner Vereinbarungen für durchaus unannehmbar. Er erwartet, daß die Parteileitung und Fraktion den Kampf gegen die Schutzgesetzgebung auf das entschiedenste fortsetzen und besonders die bedrohten Hoheitsrechte Bayerns mit aller Entschiedenheit wahren werde. — Die interfraktionellen Besprechungen, die sich an die Beratungen der einzelnen Fraktionen der Koalitionsparteien angeschlossen und an denen auch Ministerpräsident Graf Dethlefsen sowie einzelne Minister teilnahmen, wurden gegen 1 Uhr mittags ohne Ergebnis abgebrochen. Sie sollen am Nachmittag fortgesetzt werden.

Es wäre im höchsten Maße bedauerlich, wenn die durch das Entgegenkommen der Reichsregierung und der bayerischen Regierung in Berlin zustande gekommene Einigung jetzt noch an der durch Parteirücksichten diktierten Haltung der Koalitionsparteien scheitern sollte. Ganz abgesehen von den für die innere Politik Bayerns und seiner Stellung zum Reich bedauerlichen Folgen sollte mit Rücksicht auf die uns durch Frankreichs Gewaltpolitik von außen drohenden Gefahren alles vermieden werden, was als eine Erschütterung der so notwendigen Einheitsfront wirken könnte.

Besprechungen der Reparationskommission.

* Paris, 17. August. (Von unserem Sonderberichterstatter.) Die Mitglieder der Reparationskommission trafen heute vor- und nachmittags zu offiziellen Besprechungen zusammen. Eine offizielle Sitzung der Reparationskommission fand nicht statt. Deutsche Delegierte werden erst am Montag oder Dienstag angehört werden. Staatssekretär Dr. Bergmann trifft morgen in Paris ein.

Der „Temps“ macht heute in eindringlicher Weise dafür Stimmung, daß Reichsfinanzminister Dr. Hermes wieder nach Paris komme, um mit den Mitgliedern der Reparationskommission in Verhandlungen zu treten. Persönliche Entschuldigungen in französischen offiziellen Kreisen ergaben, daß die französische Regierung selbst nicht auf dem Standpunkte steht, daß eine Reise des Finanzministers Hermes im Augenblick von besonderem Nutzen sein könnte. Weshalb der „Temps“ für die Anwesenheit des Reichsfinanzministers eintritt, ist unerklärlich.

Die jetzigen offiziellen Besprechungen der Reparationskommission laufen darauf hinaus, die Gegensätze zwischen Paris und London zu mildern. Man hat den bestimmten Eindruck, daß man in der Reparationskommission eifrig bemüht ist, ein Kompromiß zustande zu bringen, das er-möglichen würde, Deutschland das Moratorium auf Grundlage der englischen Garantieforderungen zu gewähren, die allerdings eine Erweiterung im Sinne der französischen Forderungen erhalten müßten. Die Mitglieder der Reparationskommission glauben nicht, daß sie vor dem Ende der nächsten Woche zu einer Entscheidung gelangen werden.

Demontiert werden heute von Seiten der Reparationskommission alle Gerüchte über Demissionsabsichten von Louis Dubois oder John Bradburn. Nachdrücklich wird darauf hingewiesen, daß unter den gegenwärtigen schwierigen Umständen jedes der Mitglieder der Reparationskommission auf seinem Posten verbleiben werde. Nur wenn die Meinungsverschiedenheiten der Regierungen sich so verschärfen, daß auf einen Ausgleich nicht mehr gerechnet werden könnte, dann würde eine Demission des einen oder anderen Mitgliedes der Reparationskommission in Frage kommen.

Der Agence Belge zufolge wird Delacroix wahrscheinlich den Auftrag erhalten, in der Reparationskommission den Vorschlag zu vertreten, den Rhein in London gemacht hat, daß nämlich die Zahlungen Deutschlands bis zu der im November abzuhaltenden Konferenz gestundet werden sollen, daß aber Deutschland inzwischen sich dadurch seiner Verpflichtungen zu entziehen habe, daß es der Kommission durch Handelsunter-schriften (signatures commerciales) garantierte Ver-sprechungen gebe.

In der morgigen offiziellen Sitzung der Reparationskommission wird beraten werden, ob die deutschen Delegierten in der Moratoriumsfrage angehört werden sollen oder ob eine Ab-ordnung der Reparationskommission nach Berlin reisen soll. Es ist wahrscheinlich, daß die Reise nach Berlin beschloffen werden wird. Die Kommission wünscht sich über die von ihr in Aussicht genommenen Forderungen und Garantien vorher mit der deutschen Regierung direkt ins Einvernehmen zu setzen.

Vom Tage.

o. Der Milliardenanz geht in willem Wirbel weiter. Man hat ausgerechnet, daß die kriegführenden Nationen für den Krieg mehr als 1000 Milliarden ausgegeben haben. Um den Frieden zustande zu bringen, findet die ganze Welt nicht einmal die nötigen 50 Milliarden für eine internationale Anleihe am Deutschland!

Politikierung der Jugend. Seit Anfang August gibt das Thüringische Ministerium für Volksbildung unter dem Titel „Republik und Jugend“ Flugblätter heraus, die an alle Lehrer der höheren Lehranstalten des Landes Thüringen sowie an die Schüler der drei Oberklassen dieser Anstalten kostenlos verteilt werden. Begleitet wird die Maßnahme mit der Notwendigkeit, die heranwachsende Jugend den „unkontrollierbaren politischen, monarchistischen und militaristischen Einflüssen“ zu entziehen und gleichzeitig die Lehrer als Helfer bei der Führung und Aufklärung der Jugend zu gewinnen. Beiden soll Gelegenheit gegeben werden, sich mit Erwiderungen, Fragen und Einwänden, die natürlich in angemessener und anständiger Form gehalten sein müssen, an die herausgebende amtliche Stelle zu wenden, und der Jugend soll ein Beispiel dafür geboten werden, wie auch bei grundlegenden Verschiedenheiten der Weltanschauung Anstand und Würde im öffentlichen Meinungskampf gewahrt werden können. — Schöne Worte sollen hier die weniger schönen Ziele verdecken. Die Lehrer werden zur Demokratisierung der ihnen anvertrauten Jugend verpflichtet und gleichzeitig selbst bezüglich ihrer demokratischen Gesinnung kontrolliert. Die Schüler aber werden mit behördlicher Gewalt politisch beeinflusst, in welchem Sinne, das weiß man, wenn das Land Thüringen wird ja das rote Thüringen genannt. Die Väter der Schüler werden sich mit Bedauern fragen, ob nicht dieser neue „Reichsgegenstand“ der eigentlichen Schulbildung ihrer Söhne hinderlich sein und ob er nicht auf die Jenseits- und Prüfungen von Einfluß sein wird. Es liegt in der Tat nahe, in dieser Beziehung alle Möglichkeiten zu bedenken. Zweifellos ist das Verfahren des sozialdemokratischen Thüringischen Ministeriums ein nicht zu billiges Mittel zur Politikierung der Jugend. Politikierung der Schuljugend. Die von der Verfassung versprochene „republikanische Freiheit“ erscheint dabei in einem recht sonderbaren Lichte.

Die Lenerungsaktion.

SS Die Besprechungen der Beamtenorganisationen und der freien Gewerkschaften haben zu einer Einheitsfront aller Beteiligten geführt. In den Reihen der Beamten und Staatsarbeiter war man sich über die Höhe der aufzu-stellenden Lohnforderungen anfangs nicht einig. Es gelang schließlich, ein Mittel zu finden, das den Beamten und den Arbeitern ungefähr eine gleiche Einkommenserhöhung bringen wird, die sich zwischen 4000 und 5000 Mark stellen soll.

Reichseisenbahnrat.

Berlin, 17. August. Die heutige erste Sitzung des Reichseisenbahnrates eröffnete Staatssekretär Stieler, der vom Reichspräsidenten zum Vorsitzenden des Reichseisenbahnrates ernannt ist, mit einer Ansprache, in der er auf die Aufgaben des Reichseisenbahnrates hinwies.

Im Vordergrund der Aufgaben des Reichseisenbahnrates stehe die Begutachtung der Tarifmaßnahmen der Verwaltung. In fester Zeit werde so oft von Diktatgelüsten des Reichsverkehrsministers gesprochen. Solche Gelüste lägen ihm durchaus fern, aber die gebotene rasche Entscheidung über die durch den Sturz der deutschen Währung notwendiger werdender Tarifveränderungen müsse eine Vorbereitung durch wirtschaftliche Köpfer schaffen unmöglich machen. Der Minister lege aber großen Wert darauf, daß Gutachten des Reichseisenbahnrates zu allen grundsätzlichen Änderungen des Tarifs rechtzeitig anzukommen. Er bitte, die Reichseisenbahn doch mit demselben Maß zu messen, das man an große privatwirtschaftliche Unternehmen anwende. Der Reichsverkehrsminister wisse ganz gut, wie schlimm kurzfristige Tarifveränderungen auf die deutsche Wirtschaft wirken. Niemand aber dürfe etwa der Kohlenwirtschaft oder der Eisenindustrie au-bon solch raschen Erhöhungen ihrer Preise absehen.

Nebsther gab alsdann einen kurzen Überblick über die heutige Lage der Reichsbahn. Der Verkehr betrage heute etwa 115 Prozent des Verkehrs zu dem entsprechenden Zeitpunkt des Vorjahres. Mit Sorgen sehe die Reichsbahn dem Herbstverkehr entgegen. Saisonarbeitskräfte seien nur für Itali möglich gewesen, da nur an Itali ein gewisser, den augenblicklichen Bedarf übersteigender Vorrat vorhanden war. Das Schmerzenskind sei die Kohlenversorgung. Die deutsche Kohlenproduktion liefere der Reichsbahn entgegen der Fänge des Reichskohlenkommissionars nur zwei Drittel des Tagesbedarfs. Die Beboratung mit englischer und mit Saar-Kohle sei mit Klagen. Heute schon muß diese fremde Kohle zur Befriedigung der Tagesleistungen herangezogen werden. Diese fremde Kohle ist 440 mal so teuer wie die deutsche. Kohle vor dem Kriege und doppelt so teuer, wie heute die deutsche Kohle. Angesichts ihrer Kohlenbestände müsse die Reichsbahn die größte Sorge haben, ob sie den Herbstverkehr abt überleben werde. Was die Finanzlage der Reichsbahn anlangt, so ergab das erste Vierteljahr des Jahres 1922 einen Überschuß. Die neueste Entwidlung der Mark und die hierdurch verursachte gemaltige Steigerung aller Preise und als deren Folge auch die der Gehälter und Löhne habe die Hoffnung des Reichsverkehrsministers zunichte gemacht, während des laufenden Vierteljahres das Wirtschaftslieben mit neuen Tarifveränderungen versehen zu können. Um nur einigermaßen die Ausgaben-Reisung ausgleichen zu können, sei die deutsche Reichsbahn ge-nötigt, den Gütertarif vom 1. September ab um 50 Prozent zu erhöhen. Dieser Aufschlag werde in die organische Umarbeitung der Tarife auf den 1. Oktober einbezogen. Die Reichseisenbahn habe nicht eine der allgemeinen Gef-

entwertung vorgehende Darlehen betragen. Die Darlehen, die Ausgaben herabzusetzen, dürften nach der Seite ihres Erfolges nicht unterschätzt werden. Die Frage der Herabsetzung der höheren Personalleistungen sei ganz unabhängig von der Frage, ob Staatsbahn oder Privatbahn. Von der Reichsbahn verlangt man mit Nachdruck eine Senkung ihrer Betriebskosten, während man sich ohne weiteres damit abfindet, daß die Leistungen im Bergbau nicht gesteigert werden können, und daß die Kohlenpreise fortwährend erhöht werden müssen. Da vermisse die Reichsbahn mit Schmeizen die Anwendung von gleicherlei Maß. Auf dem Gebiete der Selbstkostenverminderung bedürfe es noch weiterer angestrengter Arbeit. Diese könne aber nie das ausgleichen, was infolge der Geldentwertung an Ausgaben anwuchs.

Staatssekretär Stiller schloß mit dem aufrichtigen Wunsch für ein gedeihliches Zusammenarbeiten zwischen Reichsbahn und Reichseisenbahnrat.

Schlechte russische Ernte.

Wa. Der stellvertretende bolschewistische Landwirtschaftskommissar Osinski schreibt in der „Pravda“, die neue Ernte werde nicht so günstig sein, wie man überall glaube. Die Ernte sei viel zu optimistisch; wo 120 Rubel erwartet würden, könne man nur mit 60 bis 70 Rubel rechnen. Ein erheblicher Teil der Ernte sei den Schädlingen zum Opfer gefallen. Von Export zu reden sei durchaus nicht am Platze. Erst wenn auch die Ernte im nächsten Jahre gut ausfalle, könne man an eine Ausfuhr denken. Im Herbst solle die Ausackerfläche energisch vergrößert werden.

Die Lage im fernen Osten.

Sm. Die Pariser japanische Gesandtschaft hat Katagorich in Moskau gestellt, daß Japan beabsichtige, mit der Moskauer Regierung in Verhandlungen zu treten. Japan denke gar nicht an deren Anerkennung und habe lediglich mit der Regierung der Republik des fernen Ostens in Verhandlungen über die Unantastbarkeit des Eigentums und der Person der japanischen Bürger in den Gebieten eingeleitet, die es allmählich zu räumen beabsichtigt habe. Die Tatsache, daß Japan sich zu einer Räumung des fernen Ostens entschlossen hat, hat in Moskau die Aufmerksamkeit der Notwendigkeit einer festeren Regierung als der bisherigen parlamentarischen zum Durchbruch gebracht. Nach einer Londoner Meldung hat der dortige Senat die Demission der Regierung angenommen und den General Dietrich, den tatsächlichen Chef des Ministerrats, zum Diktator ernannt. Dieser veröffentlicht in der Zeitung „Mitscho Armita“ einen Aufruf, in dem er davor warnt, sich durch den Wog der Japaner ermutigen zu lassen.

„Ich kann es noch verstehen, wenn der Mannmann und der Händler, deren Leben und Tätigkeit mit der Ruhe im Gebiete zusammenhängen und deren Interessen durch jeden Krieg gefährdet werden, im Unruhe beweist werden. Aber für einen Bürger, der national empfindet, ist es selbstverständlich, daß die Wiederherstellung Russlands und seine Befreiung von den antichristlichen Ausbeutern nie und nimmer von Fremden ausgehen kann, sondern einzig und allein von russischen Bürgern und Soldaten selbst, die von russischen Prinzipien religiös-fürstlicher Art an die große Aufgabe herantreten. Von uns allein hängt es daher ab, ob wir siegen oder nicht, und wer nicht so empfindet, der gehe so schnell wie möglich fort. Eine und Unruhe der kaiserlich-japanischen Krone für alles, was sie in der Vergangenheit für uns getan, und möge Gott ihr Glück geben bei der Entdeckung ihrer großen Geheimnisse! Das enorme große Russland wird mit ihr in brüderlicher Einmütigkeit leben und ihre Dienste nie vergessen. Aber die Welteroberung Russlands kann nicht von ihr, sondern nur von uns kommen!“

Wie schon mitgeteilt, ist auch der vielgenannte Kosakenführer Semenow von seiner erfolglosen Agitationsreise aus Amerika nach Ostasien zurückgekehrt, wo er erklärte, daß er gewillt sei, alle Kräfte daran zu setzen, die Bolschewisten aus Ostasien zu vertreiben.

Im Hinblick auf die gefährdeten Zustände sind die Angaben des „Militär-Wochenblattes“ über die zurzeit im Osten unter den Waffen stehenden Truppen der Bladivostoker Regierung von Interesse: Die Truppen stehen zurzeit in

New-York, 17. August. (Funkdienst.) Wechsel auf Berlin Schlupkurs 100 Mark = 0,93/8 (0,10) Dollar. Das bedeutet umgerechnet ein Dollar gleich 1066,666 (1000) Mark.

Bladivostok, Nikolst-Murist und Grobojewo in Ruhe. Die früher von Semenow befehligten Truppen sind mit Schanzarbeiten bei Eparhin und der Station Wandshurja beschäftigt und bereit zur Offensive. Am Amur und Baikal stehen Freiwillige im Kampf mit den Bolschewisten. Die Amur-Bahn vom Wretenski-Mertskinski ist in den Händen des Obersten Wegelomoslov. Südlich vom Baikal operiert die Abteilung des Generals Kasagrandi. Im West-Sibirien kämpft die Abteilung des Generals Jelow bei Noto-Nikolajewsk.

Warum es kein Kriegsende vor völliger Niederlage des deutschen Volkes gab!

Es gibt unter den Deutschen politische Kinder, genna, die sagen: „Ja, hätten wir nur rechtzeitig Frieden gemacht, es wäre nicht so schlimm geworden.“ Besonders die Moskarben und die ganz roten kommen bei jeder Gelegenheit mit dem Märchen, Ludendorff, die „Siegefriedler“ und wer weiß Gott wer seinen Schuld an der „Kriegsverlängerung“. Die Troppauer „Deutsche Post“ bringt einen neuen Beleg dafür, warum nicht früher „Schluß gemacht“ werden konnte, einen Beleg, der das ganze kindische Gerede unserer „internationalen“ Führer mit einem Schlag erledigt. Die „Deutsche Post“ veröffentlicht nämlich in wortgetreuer Übersetzung Stellen aus dem Lehrbuch „Geschichtliche Vorträge“, das an der tschechischen Militärakademie in Mährisch-Wesitz in der ersten Ausgabe, der Generalstabshauptmann Josef Kroupac (Professor der Geschichte und Geographie an dieser Anstalt) zum Verfasser hat und im Jahre 1920 erschienen ist. Das Buch behandelt vor allem das Verhalten der Tschechen im Weltkrieg. Der 4. Abschnitt dieses Buches lautet in wörtlicher Übersetzung:

„Gegen einen schlechten Frieden.“

Im Dezember 1918 wollten die Deutschen und die Österreicher auf Grund ihrer damaligen militärischen Erfolge Frieden schließen. Masaryk sagte seine ganze Energie aufzuwenden und warnte die englische Regierung und die englische Öffentlichkeit vor einem übereilten Friedensschluß, bei welchem damals kaum die Selbstständigkeit des tschechoslowakischen Staates auslande gekommen wäre. Er forderte, daß überhaupt keine Rede vom Frieden sein dürfe, solange nicht die russischen, serbischen und italienischen Bestrebungen befriedigt sind, er forderte, daß Österreich in Atome zerfalle, aus denen es entstanden ist. Seine Ansicht drang in der Entente durch und so wurde der Krieg weitergeführt.

Da das in einem amtlichen Lehrbuche der tschechoslowakischen Militärakademie steht, an der sicher nichts gelehrt wird, was nicht Präsident Masaryk gebilligt hat, so wird diese Darstellung als wahr anzusehen sein. Wenn die „Genossenführer“ also wieder mit ihren albernen Dingen kommen, ist es das Beste, ihnen diesen Abschnitt vorzulesen.

Beziehungen Mittelnungen.

§§ Die Besetzung des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik soll nach am Donnerstag erfolgen. Reichspräsident Dr. Hindenburg hat bereits dem Reichspräsidenten die Namen derjenigen Mitglieder des Staatsgerichtshofes überreicht, die nach dem Gesetz vom 21. Juni für die endgültige Besetzung des Staatsgerichtshofes in Frage kommen. Der Reichspräsident soll noch heute durch Unterschrift die Ernennung der Mitglieder des Staatsgerichtshofes vollziehen. Der Staatsgerichtshof setzt sich zusammen aus 6 Landesrichtern und 3 Berufsrichtern, insgesamt 9 Mitgliedern, zusammen, während ursprünglich auf Grund der Verordnung vom 26. Juni nur 7 Mitglieder ernannt waren. Vorsitzender des Staatsgerichtshofes wird Senatspräsident Dr. Hagen bleiben. Auch in der Besetzung der Richterstellen sollen gegenüber dem ursprünglichen Plane nur unwesentliche Veränderungen eintreten.

Mensch und Buch.

In Leipzig wird zurzeit eine Ausstellung „Deutsche Bücher aus 1922“ vorbereitet, die von der Leipziger Volksakademie und dem Deutschen Buchgewerbeverein unter Beteiligung Leipziger Buchhandlungen im Deutschen Buchgewerbehaus veranstaltet wird. Im Gegensatz zu früheren Buchausstellungen geht die Leipziger Ausstellung über rein sachwissenschaftliche oder bibliographische Gesichtspunkte, noch von verlegerischen Rücksichten aus. Sie wird weder ein Bücherjahrmarkt, noch eine Paradeschau — vor allem aber keine ermüdende Veranstaltung von Bücherhändlern und Buchkäufern sein. Sie will vielmehr das Buch als Kunstwerk und als geistigen Schatz zeigen, wie als Sinnbild und Wahrzeichen eines geistigen Prozesses. Durch eine neuartige Anordnung nach psychologischen und künstlerischen Gesichtspunkten will sie dem Besucher gleichsam intuitiv eine Vorstellung von dem grenzenlosen Reichtum, von der ganzen Mannigfaltigkeit jener inneren Welt geben, deren natürlicher Ausdruck das Buch in allen seinen Gestalten ist. Bei der Auswahl und Anordnung der verschiedenen Büchergruppen sind zunächst populäre Gesichtspunkte maßgebend, um in einer Zeit äußerster Gefährdung für die gesamte geistige Produktion weite Volksschichten in härtestem Maße an das Buch heranzuführen. Getreu ihrem erzieherischen Grundcharakter beginnt die Ausstellung mit dem Aufbau einiger Berufs- und Fachbibliotheken von besonderer typischer Bedeutung: die Bibliothek eines Arbeiters und eines kaufmännischen Angestellten (Bankbeamten). Die Bücher eines Volksschullehrers und eines Rechtsanwalts. Mit Hinblick auf gleichzeitige Tagung der Deutschen Naturforscherversammlung werden auch einige wissenschaftliche Sondergruppen (Der Arzt, Naturforscher, Geologe, Chemiker) zur Ausstellung kommen.

Die privaten Interessen des durchschnittlichen Lesepublikums werden durch einen Rundgang „Der Mensch und das Buch“ erfüllt, der in gleicher Weise den werdenden und den reifen Menschen, den Mann der Arbeit und den geistigen Schaffenden, sowie den im Buch Entspannung und Erlösung vom aufreibenden Alltag findenden Großstadtmenschen berücksichtigt. Der Verlauf dieses Rundganges ist folgendermaßen gedacht: Das Silberbuch, die Welt des Märchens, Schelme und Abenteuer. Die Bibliothek eines jungen Mädchens und die Bücherwelt im Alltagsleben. Die Bibliothek eines Manufakturiers und eines Bergarbeiters unserer Tage. Die Bücher eines Bücherliebhabers und eines Kunstfreundes. Der Musikfreund. Der Wanderer, der Sportsmann, der Gartenfreund. Die Bibliothek des Melancholikers, des Jähwüters und des Exzentriker. Der Erdgeruch und die Erotik (Geheimnis und Erotik). Das klassische Deutschland. Zeiten und Wölfer, Welt und Mensch. Das Reich des Geheimnisvollen und das Übernatürliche. Im den Reiz, der aus der Lebensnähe dieser psychologischen Gruppen entspringt, prägnant zu erfassen, ist für eine Zusammenfassung und Konzentrierung an gegenüberliegenden Wänden Sorge getragen. Der innere Gehalt einer jeden Gruppe kommt durch die Art der dekorativen Anordnung und Ausstattung, durch die Wahl des Hintergrundes und des künstlerischen Wandbildes zum sinnfälligen Ausdruck. Der Geist der Bücher wird gleichsam auf die Wandfläche projiziert. Um das Interesse des Besuchers beim Wande festzuhalten, wird der Raum nur durch das Farben- und Formenpiel des Hintergrundes angedeutet; passende Gebrauchsgegenstände und Kunstgegenstände finden dabei passende Verwendung. Die Regale werden mit Tischen verbunden, auf denen

Bahnen gegen die Berliner Abmachungen.

München, 17. August. In der heute nachmittag fortgesetzten Besprechung der Koalitionsparteien, an der sämtliche Minister teilnahmen, wurde eine vollkommene Einigung darüber erzielt, daß die zwischen Berlin und München erzielten Vereinbarungen in der beschlossenen Form nicht angenommen werden könnten, sondern daß eine Reihe von Ergänzungen notwendig sei. Anschließend an diese Besprechung fand ein Ministerrat statt, in dem zu den obigen Beschlüssen der Koalitionsparteien Stellung genommen wurde. Der Ministerrat wird die hiernach notwendigen Schritte bei der Reichsregierung umgeändert einleiten.

§§ Kronprinz Wilhelm hat am Mittwochabend Bieringen verlassen, um dem Kaiser einen Besuch in Doorn abzugeben, wo er sich mehrere Wochen aufhalten will. Es verlautet, daß Kronprinz Wilhelm in Bieringen die Aufzeichnung seiner eigenen Kriegserinnerungen vollendet hat und sie demnächst unter dem Titel: „Erinnerungen aus Deutschlands Feldzug“ im Verlage von Mittler und Sohn herausgibt. Das Buch wird mit zahlreichen Karten ausgestattet sein.

w. Die Hamburger Überseewoche hat am Donnerstag ihren Anfang genommen mit der Eröffnung verschiedener Ausstellungen, insbesondere der vom Verein der Hamburger Exportagente und der Exportgruppe des Vereins Hamburger Handelsvertreter veranstalteten Exportausstellung. Abends findet ein Empfang der Teilnehmer und Ehren Gäste im Rathaus statt, am dem auch Reichspräsident Ebert mit dem Reichsminister Gröner und Dr. Köster teilnehmen wird. Die Eröffnung des im Mittelpunkt der Überseewoche stehenden Weltwirtschaftskongresses erfolgt Freitag vormittag.

Der Überwachungsausschuß des Reichstages, der auch in den Parlamentsferien besteht, ist auf den 21. August berufen, um sich mit den Beschlüssen der Reichsämter und der Reichsbehörden anlässlich der Feuerung zu beschäftigen. Zu demselben Zweck ist der Reichstag zum 19. August einberufen.

L. H. Die „Note Rahne“ ist auf Grund des Gesetzes zum Schutze der Republik auf drei Wochen verboten worden.

Der Raubmörder Blume hat, wie aus Dresden gemeldet wird, in seiner Gefängniszelle Selbstmord verübt, indem er sich mit der Klinge seines im Brustbande versteckten Messers an der Kehle durchschlägt.

* Lloyd George hat soeben seine Memoiren für 5 Millionen Francs verkauft. Das ist noch billig, meint die Pariser „Deutsche“, bis jetzt, wenn man bedenkt, was Frankreich für seine Mitarbeit an jenem andern Weltkriegsprodukt, dem Vertrag von Versailles, zahlen mußte.

— Memorierung der Norddeutschen? Wie aus aus unrichtiger Quelle berichtet, wird das Verbot der Norddeutschen „Times“ und „Daily Mail“ an den Bruder des Verstorbenen, Lord Rothermore, übergehen, der früher Minister für Luftschiffahrt im Kabinett Lloyd George war. Man nimmt an, daß „Times“ und „Daily Mail“ allmählich eine Schwächung in das Koalitionslager vornehmen werden.

T. U. London, 16. August. Dem „Daily Telegraph“ zufolge haben alle britischen Unterthanen in den Republiken Georgia und Aserbeidschan von den Sowjetbehörden Ausweisungsbefehle erhalten.

rk. Die Seuchen in Russland. Das Deutsche Rote Kreuz erfährt, daß in Petersburg eine Choleraepidemie zu verzeichnen ist. An der Wolga ist die Cholera seit April im Rückgang. Bedrohliche Zahlen werden nur aus der Ukraine berichtet. Nach Angaben der ukrainischen Gesundheitsbehörden wurden im Laufe der ersten vier Monate d. J. registriert: 42 888 Unterleibshypotheseerkrankungen, 187 088 Typhus- und 63 578 Rückfalltyphusfälle. In den letzten Monaten ist der Typhus durch die Cholera abgelöst worden, die täglich Hunderte von Opfern fordert; allein die Stadt Odessa weist zurzeit täglich über 100 Erkrankungen auf.

[Deutscher Schachkongress in Bad Döbrichen.] Nach der am 16. August gegebenen 9. Runde des Meisterturniers war der Stand folgender: Wagner 5½ und 1½ Punkte, Weinhardt 5½, Schlegel 5 (1½), Wolf 3½ (2½), Anke 4½ (1½), Krüger 3½ (2½), Gruber 3½ (1½), Zander 3½, Carl 3 (3½), Sillke 3 (2½), Benemann 2½ (1½), Heß 2 (2½). Im Hauptturnier stand nach der 4. Runde Emmrich mit 3½ Gewinnpunkten an der Spitze.

Die Internationale.

Als am Verfassungstage Reichspräsident Ebert das „Deutschland über alles...“ zum Nationallied erhob, da war er wohl nicht darauf gefaßt gewesen, daß unser Republik soeben gestreute Garden, die Berliner republikanischen Jugendverbände, dies Lied noch am gleichen Abend mit der „Internationalen“ niederjagten. Die Linkspresse ging über diese Vorgänge schämig hinweg, aber sie beleuchten unser ganzes politisches Leben doch aufs greifste. Denn was ist eigentlich die „Internationalen“? Ein französisches Lied, das Lied der französischen Sozialdemokratie. Gedichtet wurde es von Eugen Pottier während des Kommunistaufstands von 1871. Da nun in der folgenden Zeit das eigentliche revolutionäre Freiheitslied Frankreichs, die „Marcellaise“ allmählich durch offizielle Nationalhymnen wurde, so gab im Jahre 1888 der sozialistische Bürgermeister und Abgeordnete von Lille, Delory, Pottiers Gedicht den Wörtern Geister zur Komposition, die sich noch heute die Vaterstadt der sehr sangbaren Weise streitig machen.

Die „Internationale“ stellt eine Art sozialistisches Programm dar und trieft über von all den üblen Phrasen dieses Programms. Sie beginnt mit den Worten:

„Debout les damnés de la terre!
(Auf, ihr Verfluchten der Erde!)

und jede Strophe endigt in dem Refrain:

„C'est la lutte finale!
Groupons-nous et demain
L'Internationale
Sera le genre humain.“

Der sozialdemokratische Schriftsteller Sigmar Meiring hat das folgendermaßen übersetzt:

„Nun kämpft zum letzten Male!
Stürmt an! Schon winkt uns dort
Die Internationale,
Der Menschheit Ziel und Fort.“

Im übrigen Text ist dann die Rede davon, daß das Gesetz Schindeln sei, lediglich der Arbeiter von den Steuern erdrückt werde, daß die Schlotbarone den Arbeiter ausaugen usw. Schließlich wird zur Entwaffnung der Armeen und zur Erziehung der Offiziere aufgerufen. Das Ganze stellt eine tolle Aufhebung zum Klassenkampf und zum Bürgerkrieg dar und eignet sich sonach vorzüglich für eine Verfassungsfeier, die unter der Parole „Einigkeit und Recht und Freiheit“ abgehalten wurde! Wirt! so das Brüllen der „Internationalen“ seitens jener, welche den Staat schlingen wollen, wie blutiger Hohn, so stellt es auch eine kapitale Dummheit und Vögellichkeit dar, in einem Augenblick, wo die ganze Welt unserer Verklammerung ratlos zusieht. Mühen sich vielleicht heute französische und englische Arbeiter für Deutschland! Außer belanglosen Phrasen haben sie nichts für uns übrig, im Gegenteil, die imperialistische Gewaltpolitik Frankreichs findet an ihnen sogar eine Stütze. Der Deutsche Michel aber schwingt seine rote Mütze und plärrt zum Gaudium der ganzen Welt das Freiheitslied der Franzosen.

Zeitung, illustrierte Bücher usw. des gleichen Gebietes ausliegen. Die Ausstellungsleitung liegt in den Händen von Dr. Karl W. Land und Dr. W. Cornius. Zum Ehrenausdruck gehören hervorragende Verleger und Gelehrte. Die Eröffnung wird am 17. September stattfinden. Später soll die Ausstellung auch noch in anderen Städten gezeigt werden.

Musikliteratur.

Tris in E-Dur für Violine, Violoncell und Kontrabaß von W. A. Mozart. Autograph-Druck nach dem auf der Preussischen Staatsbibliothek befindlichen Autograph. Drei Masken-Verlag, München. Gebunden 85 Mark.

Wenn man mit Recht behauptet, daß die Handschrift den Charakter des Menschen widerspiegelt, und wenn eine wissenschaftlich systematisierte Graphologie aus der Schriftdeutung heraus wertvolle Aufschlüsse über die Persönlichkeit des Schreibers zu liefern vermag, so stellt in noch viel höherem Maße die Handschrift des Komponisten ein arabisches Schriftbild dar, das das ästhetische Profil des betreffenden Komponisten in ganz eigenartiger Weise erhält. Nicht nur aus Schelerei oder Leichtgläubigkeit aus Illusionswelt sind die großen Biographen unserer Musikheroen mit falsifizierten Handschriftenproben geschmeichelt; diesem Brauch liegt die wohl berechtigte Ansicht zugrunde, daß die Handschrift ebenso wie das Porträt als feinfühler Ausdruckswert zu fallen sind. Man halte sich beispielsweise in Gedanken die unerbildeten, vielfach lobigen, wie mit einem Rimmermannsblei hingebenen Schriftzeichen Beethovens — namentlich in seinen frühen Jahren im Widerspruch der veröffentlichten Charaktere — und die fein zielten, aristokratischen, fast femininen Noten und Buchstaben Richard Wagnerscher Handschrift vor Augen, um zu erkennen, daß die Veranschaulichungen von Autographen nicht nur falsifiziert, sondern psychologisch und auch ästhetisch Interesse auslösen können. Daß die Originalhandschriften unserer bedeutenden Tonwerke nach Mächtigkeiten in staatlichen oder städtischen Bibliotheken in sicherem Gewahrsam gehalten werden, hat gewiß sein Gutes. Gleichwohl ist der Wunsch nicht nur speziell von Sammlern, sondern auch von Musikliebhabern insgesamt befreit und verständlich, diese kostbaren Dokumente nicht nur an allen Unbefähigten gelegentlich irgendwelcher Ausstellungen hinter Glasfenstern auszuweisen, sondern sie womöglich in die Hand zu nehmen oder in eigenem Besitz zu haben. Der Münchner Drei-Masken-Verlag hat nun neben vielen anderen wertvollen Publikationen, die eine reiche Auswahl an Musikliteratur beinhalten, eine Serie „Berühmter Musiker-Handschriften“ in Autograph-Druck in die Wege geleitet, die nicht selten in einer einzelnen Studie, sondern geschlossene Werke bieten. Erwähnen sind bisher Joh. Seb. Bachs Kreuzkatechismus, W. A. Mozarts Tris in E-Dur, Beethovens Kontrabaß Op. 111, von denen mir gegenwärtig das Mozarts-Tris in einer so wunderbaren Aufmachung vorliegt, daß jedem Bibliophilen das Herz im Leiden lachen muß und man wirklich nicht viel Mühe braucht, um Hilfe nehmen zu lassen, um sich der Illusion hinzugeben, das Original zu besitzen. Vereckert wird dieser Wille des Lesers noch durch das Vermerk, daß der, nachahmende aufwendig gearbeitete Autograph-Druck drei Seiten eines bisher unpublizierten Schlußkates beinhalten, den Mozart jedoch verworfen hat, um dem bekannten Finale das Wort zu geben.

Dr. G. X.

am 1. Juli 1922 in Kraft getretene Kraftfahrzeugsteuer-
 vom 18. April 1922 (N. G. Bl. S. 396) regelt unter Aufhebung
 des Reichsstempelgesetzes über Erlaubnisfahr-
 Kraftfahrzeuge sowie des Gesetzes vom 18. Mai 1908
 (S. 210) betreffend die Stempelabgabe von Erlaubnis-
 für Kraftfahrzeuge ausländischer Besitzer die Be-
 der Kraftfahrzeuge neu. Durch dieses Gesetz ist der
 der steuerpflichtigen Kraftfahrzeuge
 der früheren Bestimmungen erheblich erweitert
 der Geldentwertung entsprechend erheblich ver-
 den. Die wichtigsten sachlichen Änderungen gegenüber
 den Bestimmungen sind folgende:

7860,15—7890,85, Südfränkische Polen 41 178,45—41 281,55, Amerikanische Polen
 1067,85—1090,85, Schweizer Polen 20 134,80—20 185,20, Italienische Polen
 4789,05—4750,95, Stodolmer Polen 279,55—280,25, Ropenbagen 22 701,85 bis 70,70,
 22 768,45, Artilkiana 18/337,06—18 382,95, Spanien 16 529,30—16 570,70,
 Subazell 6891—6900, Prag 29 78,25—29 98,75, Wien 1,48—1,52.
 w. Spanienbagen, 17. August. Südfränkisch auf London 20,69, Weibdorf 403,8
 Oamburg 0,46, Paris 36,80, Antwerpen 34,90, Zürich 89,30, Amsterdamm 180,26, Batia
 Stodolm 122,60, Artilkiana 80,50, Sellingsfors 9,00, Prag 13,50.
 w. Stodolm, 17. August. Südfränkisch auf London 16,92, Berlin 0,87, Batia
 30,06, Brüssel 28,06, Schweiz. Kräfte 72,25, Amsterdamm 147,25, Ropenbagen 82,00
 Artilkiana 65, Wallington 379, Sellingsfors 8,10, Prag 11,40.
 w. Artilkiana, 17. August. Südfränkisch auf London 25,70, Oamburg 0,80
 Paris 45,75, Weibdorf 675, Amsterdamm 223,50, Zürich 110, Sellingsfors 12,30,
 Antwerpen 43,50, Stodolm 152, Ropenbagen 124,50, Prag 10,75.
 w. Amsterdamm, 17. August. Wechsel auf London 11,5045, Berlin 0,25
 Paris 20,3214, Schweiz 49, Wien 0,004, Ropenbagen 55,65, Stodolm 680,

die deutsche Weinbrandmarke

Die neu eingeführte Steuer für Kraftfahrzeuge, die für Kraftfahrzeuge jeder Art gelten, beträgt 2000 Mk. für die Dauer eines Jahres, für Probejahrsbesitzer, die nur für Kraftfahrzeuge, 800 Mk. Die Ausstellungen der Steuerlasten erfolgt auf 1 Jahr oder auf 6 Monate, bei Kraftfahrzeugen und Luftfahrzeugen aller Art auch auf die Dauer von 3 Monaten je nach Antrag. Bei der 6-Monatssteuerlast beträgt die Steuer 1/2, bei der 3-Monatssteuerlast 1/3 der Tarifhöhe.

4. Die auf Grund des Reichsteuergesetzes gelösten Steuerlasten bleiben bis zu ihrem Ablauf gültig, wenn sie vor dem 1. November 1921 gelöst sind. Anstelle von später gelösten Steuerlasten sind neue Steuerlasten auf Grund des Kraftfahrzeugsteuergesetzes zu lösen. Dabei ist die Steuer für die alte Karte, soweit sie verhältnismäßig auf den Rest der Gültigkeitsdauer entfällt, auf die Steuer für die neue Karte anzurechnen. Der Rest der Steuerlasten werden dabei nicht berücksichtigt.

Die nach dem neuen Gesetz steuerpflichtigen Kraftfahrzeugbesitzer und Inhaber von Probejahrsbesitz sind zur Herbeiführung der Versicherung auch ohne besondere Aufforderung seitens des Finanzamtes, die allerdings an die bekannten Eigenbesitzer von Kraftfahrzeugen erfolgt, zur Anmeldung ihrer Kraftfahrzeuge und Probejahrsbesitz verpflichtet. Die ihnen von der höheren Verwaltungsbehörde erteilten Zulassungsbescheinigungen sind der Anmeldung beizufügen. Für Kraftomnibusse, Luftfahrzeuge und Flugmaschinen bis zu 4000 Kilogramm Eigengewicht ist ferner ein amtlicher Wegegutschein über das Eigengewicht des betriebsfertigen Fahrzeuges oder eine Bescheinigung über die unter behördlicher Aufsicht vorgenommene Wägung des Fahrzeuges beizufügen. Die neue Steuerlast wird auf den 1. Juli 1922 festgesetzt.

Der Fall Momm und die französischen Rheinlandabsichten.

Die Ausweisung des Regierungspräsidenten von Wiesbaden, Dr. Momm, hat weder in Wiesbaden noch sonst im besetzten Gebiet überfallen, nachdem Dr. Momm durch seine Stellung zu dem Einfließen des französischen Hauptquartiers in Mainz, dem Verräter Dr. Dörren, in Ungnade gefallen war. Man wußte genau, daß bei sich findender Gelegenheit Dr. Momm ein Opfer der Willkür französischer Gewalttätigkeit am Rhein und der Intrige und Rache der Sippe Dörren werden würde. Wenn heute die Rheinlandkommission die Rathenau-Demonstration zum Anlaß nimmt, um den Regierungspräsidenten von Wiesbaden rechtsmäßig seines Postens zu entheben und ihn des Landes zu verweisen, so beweist sie selbst, daß sie bessere Gründe gegen ihn nicht aufbringen konnte, ihn aber unter allen Umständen aus dem besetzten Gebiet entfernen wollte, und ferner erneut, daß sie sich schützend vor die rheinischen Hochverräter stellt. Der Fall beweist aber weiter, daß die neueste Entwicklung, die die Dinge als Nebenwirkung der Londoner Konferenz im Rheinland genommen haben, sich aufs ernste aufbaut und auf neue Absichten der französischen Agenten im Rheinland hindeutet. Es ist nicht uninteressant, aus diesen neuen Gewaltmaßnahmen der Rheinlandkommission feststellen zu können, daß Herr Dörren von den französischen Rheinlandpolitikern (sprich Annetionisten) wieder in Gnadon aufgenommen worden ist, nachdem sie mit ihm durch seine ungeschickten geschäftlichen Manipulationen nicht unerheblich kompromittiert waren und deshalb von ihm etwas abgerückt waren. Heute spielt Dörren wieder den angenehmen Gesellschaftler in gewissen französischen Kreisen Wiesbadens und Mainz, wo die Lösung der Rheinlandfrage das ständige Gesprächs- und Beratungs-thema ist. Welchen Einfluß Dörren in diesen Kreisen wieder gewonnen hat, beweist, daß er den Regierungspräsidenten von Wiesbaden, der von rechtswegen ihm sein sauberes Handwerk zu legen versucht hatte, mit Hilfe seiner französischen Freunde durch die Rheinlandkommission zu Fall gebracht hat. Und damit wird weiter bewiesen, daß in der Rheinlandkommission Bestrebungen Einfluß haben, die gleich den französischen Rheinlandpolitikern die Annexion des Rheinlandes durch Frankreich bezwecken. Es bleibt abzuwarten, ob sich die politischen Parteien dieses Eingreifens der Rheinlandkommission in die deutsche Verwaltungshoheit widerspruchslos werden gefallen lassen.

Die Sagenpropaganda.

a. Eine neue Feindeslüge wird in der „Deutschen Kolonialzeitung“ aufgedeckt. In der zu Brüssel erscheinenden Zeitschrift „Le Mouvement Géographique“ Nr. 47 vom 20. Oktober 1921 behauptete ein Herr René le Comte: „Die aus der Dichtigkeit der eingeborenen Bevölkerung herrührende Schwierigkeit in der für Europäer annehmbarer geeigneten Bestehen wurde gelöst durch Abschachtungen. So wurden 1906/07 120 000 Massai geopfert gelegentlich der Unterdrückung eines unerheblichen Aufstandes. Das große Unrecht dieser Bevölkerung, einer der schrecklichsten Eingeborenenrassen Deutsch-Ostafrikas, war, die sehr geringen Hochländer Nambaras zu beherrschen.“ Vom Hauptquartier Kolonialinspektors nach seiner Quelle für diese Behauptung befragt, gab Herr le Comte vier französische Bücher — von denen schon das erste, als man es durchsah, nichts über die Lösung von 120 000 Massai enthielt — und eine Reihe alter Karten der „Afrique Française“ und des „Lemp“ an. Darauf wachte sich das Kolonialinstitut an die Kolonialzentralverwaltung in Berlin, das genaue Nachforschungen anstellte. Das Ergebnis war: In den französischen Archiven haben keine einzige Kampfe mit den Massai in Deutsch-Ostafrika stattgefunden. Während des großen ostafrikanischen Aufstandes 1905/06 aber waren die Massai sogar Verbündete der deutschen Regierung! Die Massai wohnen auch gar nicht in den Hochlandbergen, wohin Herr le Comte sie verlegt hat, und ihre Gesamtzahl im deutschen Schutzgebiet hat nie mehr als 10 000 bis 20 000 betragen; auch im Britisch-Ostafrika lebten nur etwa ebensoviel. Und schließlich ist es eine bekannte Tatsache, daß die Massai-Schritte wegen ihrer Wasserarmut für die Aufhebung von Europäern überhaupt nicht in Frage kommt. Das Kolonialinstitut teilte das alles dem Herausgeber des „Mouvement Géographique“ mit, der aber — und damit verrät er sein schändliches Gewissen — die Veröffentlichung dieser „Abrechnung“ ablehnte und die Auseinandersetzung nach auf ein anderes Geheiß zu schieben suchte, indem er von deutschen Kriegsregeln in Belgien zu reden ansetzte. Der Direktor des Kolonialinstituts hat darauf an den Herausgeber des „Mouvement Géographique“ nun noch einen, aber sehr deutlichen Brief geschrieben, in dem er ihm zu verstehen gibt, daß er von seiner und des Herrn le Comte Ehrenhaftigkeit und wissenschaftlicher Objektivität zum halten müsse. Er veröffentlichte jetzt den hier publizierten Briefwechsel mit den beiden Brüsseler „Gelehrten“ und der Kolonialzentralverwaltung in der „Deutschen Kolonialzeitung“ und will dafür sorgen, daß auch das Ausland von der Sache Kenntnis erhält. Im seiner Schlussbemerkung zu dieser Veröffentlichung führt er den Schluss eines Briefes des Herrn le Comte an: „Diese Grenzstreitigkeiten haben sehr viel zu dem Einfluß der Mächte beigetragen, dem Reich die Kolonien zu schenken. Sie haben dabei nicht leichtfertig gehandelt, und ich auch nicht, als ich meinen Artikel schrieb“, und erklärt: „Wir bemerken dazu lediglich, daß uns die Verheerung mit Gewalttätigkeit erfüllt, daß die Mächte, als sie uns die Kolonien nahmen, mit derselben Wissenschaftlichkeit verfahren, wie Herr le Comte beim Aufstellen seiner durch nichts gerechtfertigten Behauptung. Wir haben uns während des Krieges, wo wir durch Abschluß von der Außenwelt mundtot gemacht waren, die unerhörtesten Lügen und Verleumdungen gefallen lassen müssen. Jetzt, nachdem „Friede“ herrscht, sind wir gewillt, gegen eine Fortsetzung derartiger Niederträchtigkeiten mit allen Mitteln der Wahrheit und des Rechts vorzugehen.“

§§ Der allgemeine deutsche Gewerkschaftsbund gibt seine Mitgliederzahl von 1921 bekannt. Die durchschnittliche Mitgliederzahl betrug 7 1/2 Millionen, davon 1 1/2 Millionen weibliche Mitglieder. Die Gesamtsummen betrugen über 5 Milliarden, die Ausgaben 200 Millionen.

Schlesien.

Das Schiedsgericht und die Gemischte Kommission für Oberschlesien.

Von Oberlandesgerichtsrat Schneider,
deutscher Schiedsrichter bei dem Schiedsgericht für Oberschlesien.

Nun ausnahmsweise gestattet das Genfer Abkommen, daß eine Klage alsbald unmittelbar bei dem Schiedsgericht eingereicht wird, so daß dieses als erste und letzte Instanz darüber entscheidet.

Dies ist, abgesehen von gewissen Ausnahmefällen, die zwischen Deutschland und Polen und gewissen Ortschaften, nur dann der Fall, wenn Deutschland oder Polen im Wege der Gefekgebung oder allgemeiner, auch die eigenen Staatsangehörigen betreffender Verwaltungsmaßnahmen wohlverordnete Rechte der Bewohner des Abstammungsgebietes verletzt. Alsdann sind die Betroffenen berechtigt, von dem Staat Entschädigung zu fordern und diesen Anspruch durch Klage bei dem Schiedsgericht geltend zu machen. Solche Ereignisse sind aber bisher weder von Polen noch von Deutschland erfolgt, und es ist zu hoffen, daß sie auch künftig nicht eintreten werden.

Weit verbreitet scheint die Ansicht zu sein, daß das Schiedsgericht auch für Strafsachen zuständig sei. Dies ist irrig. Strafsachen sind von der Zuständigkeit des „Schiedsgerichts für Oberschlesien“ ausgeschlossen, es sei denn, daß sie im Verfahren der Exekution vorgelegt werden. Insbesondere hat sich das „Schiedsgericht für Oberschlesien“ nicht mit der Abgabe von Strafsachen an die Gerichte des anderen Staates, die in dem deutsch-polnischen Rechtsgebiet übernehmend abgehandelt ist, zu befassen, noch mit der Annahme, die in dem deutsch-polnischen Vertrag vom 21. Juni 1922 vereinbart ist. Für diese Annahme soll ein besonderer Schiedsgerichtshof von Deutschland und Polen eingerichtet werden, der mit dem „Schiedsgericht für Oberschlesien“ nicht zu verwechseln ist. Gleichfalls nicht mit diesem Schiedsgericht zu verwechseln ist der „Deutsch-polnische Gemischte Schiedsgerichtshof“ in Paris, der auf dem Versailler Friedensvertrag beruht, und zu dessen Zuständigkeit vor allem die aus der Liquidation deutschen Eigentums sich ergebenden Ansprüche gegen Polen, sowie die Streitigkeiten zwischen Deutschen und Polen aus gemischten Verträgen gehören.

Das „Schiedsgericht für Oberschlesien“ hat seinen Sitz in dem bei Deutschland verbliebenen Beuthen O-S. Es besteht aus drei Mitgliedern: einem von Deutschland ernannten Mitgliede (dem Verfasser dieses Aufsatzes), einem von Polen ernannten Mitgliede (zunächst Wigimint Dr. Seyda, jetzt Senatspräsident des Appellationsgerichts in Ruken Kaluzna) und einem von Völkerbundsrat ernannten Mitgliede, das weder Deutscher noch Pole sein darf. Als dieses Mitglied ist auf gemeinsamen Vorschlag Deutschlands und Polens vom Völkerbundsrat der Professor Dr. Kaedens beed, ein Belgier, ernannt worden, der den Vorsitz im Rechtsausschuss des Genfer Abkommens geführt und sich hierbei das Vertrauen beider Staaten erworben hatte. Das Mitglied der fremden Staatsangehörigkeit ist zugleich der Vorsitzende im Kollegium des Schiedsgerichts und der Präsident dieser internationalen Behörde; ihm untersteht dienstlich das Personal des Schiedsgerichts, natürlich mit Ausnahme der beiden anderen Schiedsrichter, die lediglich ihren eigenen Staaten unterstehen. Das Schiedsgericht fällt seine Entscheidungen auf Grund des Genfer Abkommens und der geltenden deutschen und polnischen Gesetze nach freier Überlegung mit Stimmenmehrheit. Die Schiedsrichter sind unabhängig und an keinerlei Weisungen gebunden. Um die Unabhängigkeit zu gewährleisten, ist bestimmt, daß der deutsche und der polnische Schiedsrichter jeweils auf drei Jahre ernannt werden und während dieser Zeit nur im Wege des förmlichen Disziplinarverfahrens aus dem Amte entsetzt werden können.

Im Gegensatz zum Schiedsgericht hat die „Gemischte Kommission für Oberschlesien“ den Charakter einer internationalen Kommission, die berufen ist, Streitigkeiten über die Auslegung und die Ausführung des Genfer Abkommens zwischen den beiden vertragschließenden Staaten selbst zu klären, sowie Vorschläge für neue Vereinbarungen zu machen. Die Zuständigkeit der Gemischten Kommission umfaßt alle Gebiete des Genfer Abkommens (mit Ausnahme des Minderheitslandes), tritt aber überall nur für diejenigen Angelegenheiten ein, für die sie im Genfer Abkommen mit ausdrücklichen Worten zugelassen ist. Diese Angelegenheiten aufzuführen, erübrigt sich, da das Publikum sich nicht unmittelbar an die Gemischte Kommission wenden kann, diese vielmehr nur auf Antrag des deutschen oder des polnischen Staatsvertreters in Tätigkeit tritt. Die Verhandlung vor der Gemischten Kommission ist nicht öffentlich, beteiligte Privatpersonen werden zur Verhandlung geladen. Die Entscheidungen werden nach Stimmenmehrheit gefällt; beide Staaten haben sich verpflichtet, alles Erforderliche unverzüglich zu veranlassen, um den Entscheidungen der Gemischten Kommission zu entsprechen.

Die Gemischte Kommission hat ihren Sitz in dem an Polen gefallenem Katowice. Sie besteht aus fünf Mitgliedern, von denen je zwei von Deutschland und Polen zu ernennen sind, der Präsident aber, der weder Deutscher noch Pole sein darf, vom Völkerbundsrat. Auf den gemeinsamen Vorschlag Deutschlands und Polens wurde demgemäß zum Präsidenten ernannt der frühere schlesische Bundesratspräsident Calonder, der bereits bei den deutsch-polnischen Vertragsverhandlungen in Genf als Obmann tätig gewesen war und sich durch Unparteilichkeit auszeichnete. Die deutschen Mitglieder der Gemischten Kommission sind: der Landrat a. D. Dr. Ruzsches und der Legationsrat von Wollte, die polnischen: Ingenieur Grabianowski und Rechtsanwalt Woln.

In den Fragen des Minderheitenschutzes ist nicht die Gesamtheit der Gemischten Kommission, sondern lediglich der Präsident zur Entscheidung zuständig, der allerdings vorher die anderen Mitglieder der Kommission zu hören hat. Auch die dem Minderheitenschutz betreffenden Eingaben sind nicht unmittelbar an den Präsidenten der Gemischten Kommission zu richten, sondern an das deutsche bzw. polnische „Minderheitsamt“, eine neu einzurichtende Behörde, die aber auch erst angerufen werden kann, nachdem die Beschwerde bei der sonst zuständigen Behörde erfolglos geblieben ist.

Für die Angelegenheiten der Berufsorganisationen sind Vorstehung der Gemischten Kommission der deutsche und der polnische Bevollmächtigte für Arbeitsfragen. Eingaben wegen Verletzung des Rechtes auf Anerkennung der Berufsorganisation oder der gewerkschaftlichen Vereinigungs-Versammlungs- und Versammlungsfreiheit sind zunächst an diesen Bevollmächtigten zu richten, und erst, wenn die beiden Bevollmächtigten sich nicht einigen können, wird die Sache der Gemischten Kommission vorgelegt. Den Bevollmächtigten für Arbeitsfragen sind ferner weitreichende Befugnisse beilegt, um das Zuständigkeitsgebiet gemeinsamer Tarifverträge für das ganze Abstammungsgebiet zu erleichtern. Zum deutschen Bevollmächtigten ist der Regierungsrat im Reichsarbeitsministerium Dr. Trahm ernannt.

Für Arbeitsfragen steht der Gemischten Kommission auch ein besonderer „Regulierungsausschuss für Arbeitsfragen“ zur Seite, der aus elf Mitgliedern besteht, von denen drei einschließlich des Vorsitzenden vom Verwaltungsrat des durch den Versailler Friedensvertrag geschaffenen Internationalen Arbeitsamtes in Genf, die anderen acht je zur Hälfte von Deutschland und Polen zu ernennen sind. Zum Vorsitzenden ist der Arbeiterführer Albert Thomas, der Vorsitzende des Internationalen Arbeitsamtes, ernannt.

Für Wahrnehmung der Staatsinteressen Deutschlands bzw. Polens bei der Gemischten Kommission sowie bei dem Schiedsgericht ist in dem Genfer Abkommen ein besonderes

* 1. Schluss zu Nr. 383.

staatliches Organ vorgegeben: der deutsche bzw. polnische „Staatsvertreter“. Es ist bereits erwähnt, daß für den Beginn des Verfahrens vor der Gemischten Kommission eine Eingabe des Staatsvertreters erforderlich ist; aber auch vor dem Schiedsgericht ist der Staatsvertreter berechtigt, Anträge zu stellen, soweit dies die ihm obliegende Wahrnehmung der Staatsinteressen erfordert, und der Staat kann, falls er in einer Sache selbst Partei ist, den Staatsvertreter auch zur Führung der Sache bevollmächtigen. Im übrigen hat der Staatsvertreter den Verkehr der beiden internationalen Organe mit den staatlichen Behörden und den beteiligten Privaten zu vermitteln, insbesondere Zustellungen, Lobungen und Ersuchen um Rechtsbeistand zu besorgen, vor allem aber die Ausführung der Entscheidungen der Gemischten Kommission und des Schiedsgerichts in die Wege zu leiten. Zum deutschen Staatsvertreter ist der Oberregierungsrat Dr. Budding ernannt; sein Amtsis ist Beuthen O-S.

Die Kreistage in West-Oberschlesien.

* Durch eine Anordnung des Ministers des Innern ist eine vorläufige Regelung der Verwaltung in den zum ober-schlesischen Abstammungsgebiet gehörigen Kommunalverbänden vorgenommen worden. Die Kreistage der Kreisverwaltungsverbände Gleiwitz und Ratibor gelten danach bis zur Neuwahl der Kreisräte als Kreisversammlungen (Kreistage) im Sinne der Kreisordnung. Bis zur Neuwahl der Kreisräte müssen die Kreisverwaltungsverbände der Kreise Lublitz, Tarnowitz, Beuthen und Hindenburg durch den Regierungspräsidenten in Oppeln aus der Zahl der kreisangehörigen Personen ergänzt. Die Ergänzung erfolgt nach Anhörung des gemäß § 3 des Gesetzes, betr. die Errichtung einer Provinz Oberschlesien v. 14. 10. 1919, bei dem Oberpräsidenten der Provinz Oberschlesien gebildeten Beirats. Bis zur Neuwahl der Kreistage werden den ergänzten Kreisverwaltungsverbänden die Obliegenheiten der Kreistage übertragen. Für den Kreis Lublitz werden die Obliegenheiten des Kreistages und des Kreis-ausschusses dem Kreistage und dem Kreis-ausschuss des Kreises Ratibor übertragen.

Gegen die Fenerung.

= Zur Beratung von Maßnahmen gegen die Fenerung fand am 16. d. M. in Gleiwitz eine Versammlung von Vertretern des Stadt- und Landvolkes, der Gewerkschaften, der Kaufmannschaft, der Innungen und anderer Interessengruppen statt. Von der Stadt Gleiwitz waren die beiden Bürgermeister erschienen, vom Landvolke der kommunikativer Landrat Ober-regierungsrat Gardia. Die sehr rege Aussprache führte zur Annahme einer Entschließung, in der es nach Hinweis auf die außerordentliche Notlage der Arbeiter, Angeestellten und Beamten heißt: „Angeichts dieser Verhältnisse fordern wir von der Reichs- und Staatsregierung die sofortige Durchführung einer Notstandsaktion, durch die die Stadt- und Landvolke Deutsch-Oberschlesiens in die Lage versetzt werden, zu herabgesetzten Preisen Getreide, Brot, Kartoffeln und Fleisch an die arbeitende Bevölkerung in größeren Mengen abzugeben. Außerdem ist dem Verbraucher die sogenannte Fernversorgung mit Lebensmitteln zu erleichtern, indem auch für Lebensmittelkarten, die aus dem landwirtschaftlichen Überschusse des letzten Jahres Deutschlands bezogen werden, die Freizügigkeit von 80 Prozent ermöglicht werden. Und schließlich warnen wir davor, daß in dieser Situation äußerster Not die ohnehin bestehende zu erhebenden Lohn- und Gehaltsbezüge durch Steuerabzüge verkleinert werden, denen auch nur teilweise Entschädigung nur dann im Auge kommen könnte, wenn die wirtschaftliche Existenz der arbeitenden Bevölkerung nicht mehr gefährdet ist.“ Der vorbereitende Ausschuss wird diese Anregungen weiter bearbeiten. Demnächst soll in dieser Angelegenheit auch eine öffentliche Versammlung stattfinden.

Schlechte Getreideernte.

* Die nunmehr vorliegenden Ertrags-Ergebnisse zeigen, daß die Körnerernte in Schlesien noch schlechter ausgefallen ist, als man nach den an und für sich schon so traurigen Ergebnissen der Befruchtungsarbeiten annehmen konnte. Demgemäß mehren sich auch die Klagen über die Ausbringung der Umlage. Der Schlesische Landbund hat daher erneut gegen die Umlagepreise Einspruch erhoben und entsprechende Anträge eingebracht. Diese sollen, nachdem die Umlage Gesetz geworden ist, die Landwirtschaft wenigstens vor dem größten Schaden bewahren und der Regierung noch einmal vor Augen führen, von wie ungeheurer Bedeutung für die gesamte Volkswirtschaft die Umlagefrage ist.

Brand des Jobstener Waldpädagogiums.

w. Jobsten am Berg, 17. August. In vergangener Nacht gegen 12 1/2 Uhr brach in dem Waldpädagogium des Direktors Scharla Feuer aus, das das Gebäude bis auf die Umfassungsmauern niederlegte. Die Entstehungsurache ist noch nicht bekannt. Die im dem Pädagogium untergebrachten 160 Kinder wurden durch den dienst-tuenden Lehrer geweckt und konnten sich unter Zurücklassung ihrer Habe, nur notdürftig bekleidet, ins Freie retten. Die Kinder sind in der Stadt untergebracht worden.

Von den landwirtschaftlichen Genossenschaften.

* Die Zeitung des Wirtschafts-ausschusses der drei schlesischen landwirtschaftl. Genossenschaftsverbände, welcher im Jahre 1918 von den letzteren im Interesse des genossenschaftlichen Friedens begründet wurde, und zur Aufgabe hat, allgemeine genossenschaftliche und wirtschaftliche Fragen zu erörtern und gemeinschaftlich einheitlich in solchen vorzugehen, ist turnusmäßig, nachdem sie 2 Jahre lang in den Händen des Verbandes schlesisch-ländlicher Genossenschaften bzw. des Herrn von Schallha (Großnau) gelegen hat, auf den Ratteisenverband übergegangen. Vorstehende des Wirtschafts-ausschusses ist demgemäß für die nächste zweijährige Periode Verbandsdirektor, Geh. Rat, Landrat a. D. v. Steinmann. Das Büro des Wirtschafts-ausschusses befindet sich nunmehr Junkernstraße 41/43, 1.

Personalmeldungen.

* Zum ordentl. Professor der Staatswissenschaften an der Universität Münster bewirte Professor Dr. Werner Friedrich Brud in Gießen ist am 23. August 1880 als Sohn des verstorbenen Strafrechtslehrers Geheimrat Felix Friedrich Brud in Breslau geboren. Brud war ursprünglich Naturwissenschaftler, ehe er zur Nationalökonomie überging. 1904 promovierte er in Leipzig, war darauf Hilfsarbeiter im Reichsgesundheitsamt und von 1905 ab in Gießen, wo er 1918 a. o. Professor wurde. In den Jahren 1911–14 hat er im Auftrage des Reichskolonialamtes und des Kolonialwirtschaftlichen Komitees eine Reihe kolonialwirtschaftlicher Reisen nach Asien und Afrika ausgeführt. Seine Kriegstätigkeit führte ihn dann später auch nach Kleinasien, Syrien und Mesopotamien. Während des Krieges war er auch Regierungskommissar und Dezentrat für die Baumwollverwertung im Kriegsministerium. Später war er dann auch im Reichsamt des Innern und dem aus diesem hervorgegangenen Reichswirtschaftsministerium tätig, in dem er zum Sektionsleiter aufstieg. Im Sommer 1920 trat er in den Ruhestand zurück und hat in Gießen modernwirtschaftliche Gebiete vertreten.

Paul Cusig,
Regierungs- und Hofrath i. R.,
Sch. Reg.-Rat,
und Frau Bianta, geb. Buchwald.

Lothar Dehler,
Fol. Hauptmann a. D.

Eugen Mende
und Frau Olga, geb. Rau.

Menbain. Guttentag DE.

Oberingenieur
Dr. iur. Arnold Ruff
Fran Editha, geb. Spor

Frau Elisabeth Lieb

Die trauernd
zurückgelassenen Kinder.

Dr. med. Th. Schwarz
Ruth Schwarz, geb. Schwarzer.

Dr. iur. Lothar Schöde
Regierungsrat
im Preuß. Finanzministerium
und Frau Räte Gifels, geb. Müller

Oberleutnant a. D. Ernst Urban
und Frau Elisabeth, geb. Hertel.

Dipl.-Ing. Martin Schreiner
und Frau Else, geb. Schallha.

Statt Karten.
Die Geburt eines kräftigen Sohnes
Wolf-Dietrich, Hermann, Richard
zeigen hoch erfreut an
Largdorf, Fr. Steinau a. O.
Herbert Nidel
und Frau Lotte, geb. Hoffmann.

die so früh aus ihrem zu großen Hoffnungen berechtigenden Leben scheiden mußte. Uns allen, die wir sie gekannt haben, wird sie immer lebendig bleiben.

Dr. Dora Rische.
Dr. Lotte Schroeter. Alara Vogt.

Goldankaufsstelle
Christophoriplatz
P. Karrasch.
Eingang Kätzelohe.

Brandstoffe und Zahngelisse kauft höchstzahlend
Deutsche Edelmetall- u. Juwelen-Gesellschaft m. b. H.
Harrasgasse 3
 an der Viehhofstraße. Christliche Firma.

Ausstellungsräume und Verkauf
Adalbertstr. 1, 4-6
an der Lessingbrücke

5

With. Nitschke
Möbelfabrik.

Modellpreis 55 Marktz. 50, I
Modell. mod. Bafett gefucht
Off. m. Preis u. U 139 d. Sig
1 Motorrad
FAHRE u. verlaufen

und alle bedeutenden Reisebureaus.
General-Vertretung: Norddeutscher Lloyd, Bremen.

Kiel: Nur beim Meßamt, dortselbst, Holstenstr. 39, Fernspr. 4403/4. Draht-
anschrift: Nordmesse Kiel. Wohnungsnachweis nur durch das Meßamt.

zur 1. Hypothek auf
Landwirtschaft v. 40 M
gesucht. Venererlicher
700 Wille. Es kom
nur Selbstgeher in Tr

politischen Teil:
den provinziellen
halt der Zeitung:
eide in Breslau.
Bonn in Breslau.